



Chemnitzer Appell

Was wir brauchen, ist eine verlässliche Politik der sozialen Gerechtigkeit, die Rahmenbedingungen für mehr Arbeitsplätze bietet, die Vertrauen schafft und Visionen formuliert. Basis dafür müssen die Grundideen des Europäischen Sozialstaats sein.

Ursache der Finanzprobleme der öffentlichen Haushalte und der Sozialversicherungen ist die hohe Arbeitslosigkeit und der neoliberale Kurs. Dieser endet in der Katastrophe für die Mehrheit der Bevölkerung.

Konservative und reaktionäre Kräfte nutzen Massenarbeitslosigkeit, um frühere erkämpfte Rechte und Sozialleistungen zurück zu drängen. Sie schüren den Konkurrenzkampf um vorhandene Arbeitsplätze mit Standortdiskussionen u.ä., ziehen daraus ihren politischen Nutzen und leben sehr gut damit.

Unsere historischen Erfahrungen aus der Weimarer Republik zeigen, wohin das führen kann.

Deshalb:

- Wiedereinführung der Vermögenssteuer und eine Erhöhung der Steuer auf große Erbschaften.
- die Einbeziehung aller einkommensbeziehender Menschen (u.a. Selbstständige, Beamte, Politiker) in die Schar der Beitragszahler zu den Sozialversicherungssystemen.
- eine aktive Arbeitsmarktpolitik, gekoppelt mit regionaler Strukturpolitik und Investitionslenkung (das Hartz-Konzept taugt nicht für die neuen Bundesländer).
- Meldepflicht freier Ausbildungs- und Arbeitsplätze
- bei Beschäftigungsproblemen Stunden abbauen und nicht Menschen entlassen. Es gibt viele Beispiele wie durch Arbeitszeitverkürzung Beschäftigung gesichert wird. Zu den bisher von der Bundesregierung beschlossenen Hartz-Modulen muss auch den Tarifvertrag zur Einführung der 28,8-Stunden-Woche von VW Bestandteil der politischen Diskussion für eine wirksame Beschäftigungspolitik werden.
- ein neues Arbeitszeitgesetz mit wirksamer Arbeitszeitverkürzung und Begrenzung von Überstunden.
- Einführung der 4-Tage-Arbeitswoche, das heißt, eine Arbeitszeitverkürzung auf 28,8 Stunden (VW-Modell) zuerst in Ostdeutschland.
Für Arbeitnehmer/innen einen Nettolohnausgleich, zumindest in der Einkommenshöhe bis 2.500,00 € dann gestaffelt. Finanzierbar durch gesparte Ausgaben für die Arbeitslosigkeit.
- einen breiten gesellschaftspolitischen Diskussionsprozess, initiiert durch die Gewerkschaften, um gegen den Wachstumsfundamentalismus das Prinzip der Arbeitsumverteilung durch AZV mehrheitsfähig zu machen.

Begründung:

Ab zwei Prozent Wachstum gibt es positive Beschäftigungseffekte.

Zur Zeit gibt es ca. 0,5 Prozent Wirtschaftswachstum und eine ständige Zunahme der Arbeitslosigkeit, d.h., für noch mehr Menschen Arbeitszeit Null.

Allerdings: es gibt viele gesellschaftliche Bedarfsfelder, in denen Wachstum sinnvoll ist. Zum Beispiel der gesamte Bildungsbereich, öffentlicher Nahverkehr, Sanierung der Trinkwasserversorgung, Energieeinsparungen in privaten und öffentlichen Einrichtungen etc. Dazu fehlt angeblich das Geld.

Öffentliche Armut geht einher mit zunehmendem Reichtum in wenigen privaten Händen. Das private Geldvermögen stieg in den 90er Jahren auf über **3 Billionen** Euro. Würde man die Hälfte des jährlichen Zinsgewinns von ca. **150 Milliarden** wegsteuern, hätte die Gemeinschaft **75 Milliarden** Euro für ihre Aufgaben zur Verfügung.

Auf diese Vorschläge wird entgegnet, „dann geht dieses Geld ins Ausland“ wie Luxemburg, Liechtenstein, Schweiz ...

Wir brauchen deshalb ein Klima, dass Steuerflüchtlinge ächtet und Staaten, die Steuerflüchtlinge aufnehmen, zu „Schurken-Staaten“ erklärt.

Die Arbeitnehmer/innen ermöglichen durch ihre Arbeit einen jährlichen Produktivitätsfortschritt.

Wenn nicht dementsprechendes Wachstum erfolgt, wird bei gleichbleibender Arbeitszeit Arbeitskraft frei - also Abbau von Arbeitsplätzen.

Von 1870 bis 1992 verkürzte sich die Arbeitszeit in Deutschland um 46,9 Prozent. Die Produktivität pro Arbeitsstunde stieg um 1.734,70 % und das Bruttosozialprodukt pro Einwohner um 998,30 Prozent. In anderen Industrieländern war die Entwicklung ähnlich. (Quelle: Maddison, A: L'economie Mondiale 1820-1992, Analyse et Statistiques OECD, Paris 1995)

Wenn Wirtschaft den Menschen dienen soll, muss der Prozess der Arbeitszeitverkürzung fortgesetzt werden.

Bei Einführung einer regelmäßigen 28,8-Stunden-Woche könnte folgendes System aufgebaut werden:

- a) Es gibt tarifliche bzw. gesetzliche Rahmen für die tägliche bzw. wöchentliche Höchstarbeitszeit sowie einen Katalog, nach dem der einzelne entscheiden kann, welche Verkürzungsform er für sich anwendet.
- b) angesammelte Arbeitszeitguthaben können während des Arbeitslebens in zusätzlicher Freizeit/Erholung, Bildungs- und Qualifizierungsmaßnahmen, Sabbatjahre usw. genommen werden.
- c) Diese Guthaben können über Fondslösung oder einem Punktesystem, ähnlich der Rentenversicherung, abgesichert werden.

Die Unterzeichner fordern alle gesellschaftlichen Kräfte auf, o.g. Punkte zu diskutieren und in eine Politik von Reformen, die der Mehrheit unserer Bevölkerung dienen, umzusetzen.